



Carbon Management in Baden-Württemberg nutzen

Dafür steht die FDP/DVP-Landtagsfraktion:

In Zeiten von Rezession und Arbeitsplatzverlusten muss Baden-Württemberg alle technologischen Instrumente nutzen um den wirtschaftlichen Abstieg zu stoppen. Ein großer Kostentreiber ist für viele Industrieunternehmen der Umgang mit **unvermeidbaren bzw. schwer vermeidbaren CO₂-Emissionen**. Besonders Unternehmen der **Grundstoffchemie** und **Zementindustrie** können unter diesen Bedingungen nicht länger zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren. Wenn diese Unternehmen ins Ausland abwandern, werden wir den wirtschaftlichen Niedergang in unserem Land nicht stoppen können. Damit stehen in Baden-Württemberg **tausende Arbeitsplätze** und **hohe Wohlstandsverluste** auf dem Spiel. Deshalb fordern wir als FDP, alle technologischen Lösungen zu nutzen, ohne dabei Abstriche beim Klimaschutz zu machen. Genau an diesem Problem setzt Carbon Management an. Es ist ein international erprobtes und **wissenschaftlich fundiertes Instrument**, um CO₂-Emissionen sicher zu beseitigen. Das **schützt** nicht nur **vor starken CO₂-Preisanstiegen**, sondern trägt auch zu einer neuen **industriellen Wertschöpfung** bei. Deshalb wollen wir als FDP den uneingeschränkten Einsatz überall dort rechtssicher ermöglichen, wo er nach Bundesrecht zulässig ist. Die Nutzung von Carbon Management ist auch unter **ökologischen Gesichtspunkten sicher**. Deshalb wollen wir von der **Länderklausel** Gebrauch machen und die **CO₂-Speicherung auf baden-württembergischem Hoheitsgebiet gesetzlich ermöglichen** und heimische Speicherpotenziale wissenschaftlich prüfen lassen.

- › **Carbon Management trägt zur industriellen Wertschöpfung bei**
- › **CO₂-Speicherung in Baden-Württemberg erlauben**
- › **Zertifikatehandel für Negativemissionen stärken**

Wie funktioniert Carbon Management?

Allein in Baden-Württembergs Zement-, Kalk- und Chemieindustrie entstehen **jährlich 2–3 Millionen Tonnen CO₂** durch Produktionsprozesse, die sich mit heutigem Stand der Technik nicht vermeiden lassen. An diesem Problem setzt Carbon Management an. CO₂ wird abgeschieden, transportiert, gespeichert (**Carbon Capture and Storage, CCS**) etwa in tiefen Gesteinsschichten wie salinen Aquiferen oder zu neuen Produkten verarbeitet (**Carbon Capture and Utilization, CCU**). CCS ist technisch erprobt und unverzichtbar für die klimaneutrale Herstellung CO₂-intensiver Grundstoffe wie Ammoniak, blauen Wasserstoff, Kalk und Zement.

Zusätzlich können **Negativemissionstechnologien** (wie bspw. Carbon Dioxide Removal, CDR) CO₂ direkt aus der Atmosphäre entfernen. Carbon Management geht also über reinen Verhaltenswandel durch Kostendruck und Verbote hinaus. Deshalb betrachtet auch der Weltklimarat (IPCC) Carbon Management als ein unverzichtbares Werkzeug, um die Erderwärmung auf unter 2°C zu begrenzen.



Wie kann unsere Industrie von Carbon Management profitieren?

Der europäische Emissionshandel ist das zentrale marktwirtschaftliche Klimaschutzinstrument der EU und gewährleistet durch einen wirksamen CO₂-Preis die Erreichung der **Klimaneutralität bis 2050**. Weil CO₂-Emissionen teuer werden, werden Investitionen in neue Technologien attraktiver. Ohne Carbon Management-Technologien riskieren wir, dass ganze Wirtschaftssparten in andere Weltregionen abwandern und das europäische Klimaziel gestrichen wird. Genau da setzt Carbon Management an. Durch gezielte Anwendung können wir die **baden-württembergische Industrie erhalten, ohne dabei Abstriche beim Klimaschutz zu machen**.

Besteht bei der Nutzung von CCS/CCU Uneinigkeit?

Konkret geht es um die Frage, ob CCS- und CCU-Technologien ausschließlich bei unvermeidbaren CO₂-Emissionen eingesetzt werden sollen oder auch bei **wirtschaftlich schwer vermeidbaren Emissionen** – etwa in **Gaskraftwerken, Biogasanlagen und anderen industriellen Produktionsprozessen**. **Aus liberaler Sicht sollte der Einsatz uneingeschränkt möglich sein, weil die hohen Kosten für den Einsatz sich nur dann wirtschaftlich lohnen, wenn es keine Alternative gibt oder diese noch höhere Kosten verursacht**. Diese Anwendungsfälle gibt es zu Hauf, wenn man landauf, landab unterwegs ist. Die Wahrscheinlichkeit ist also gering, dass ein breiter Einsatz von CCS dazu führt, dass sich niemand mehr um Klimaschutz kümmert. Diese vermeintliche Sorge ist **ideologisch** getrieben und geht an den internationalen Realitäten vorbei. Notwendig ist ein offenes und ehrliches Bewusstsein für die Kosten dieser Technologie. Diese können geringer sein als der Umstieg auf alternative Energiequellen oder die Elektrifizierung von Fertigungsprozessen. Ob das so ist, entscheiden am besten Unternehmen – und nicht Parlamente.

Viele Unternehmen stehen unter einem hohen internationalen Wettbewerbsdruck. Eine pauschale Einschränkung in bestimmten Anwendungsbereichen wäre daher fatal. Wenn im Kostenrahmen des **europäischen Emissionshandels** eine Geschäftsidee für

den Einsatz von CCS- und CCU-Technologien entsteht, sollte diese Option auch baden-württembergischen Unternehmen offenstehen. Diese Gewissheit benötigen unsere Unternehmen bereits heute damit sie anfangen können, den Zusammenschluss zu **CO₂-Clustern** zu organisieren. Dies sind regionale Netzwerke, die von Unternehmen gebildet werden, um CO₂ gemeinsam abscheiden, transportieren und verwerten zu können. Das kann nicht nur wirtschaftliche Vorteile bringen, sondern zeigt auch, dass Unternehmen beim Klimaschutz gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Unsere Maßnahmen zur Stärkung von Carbon Management:

1. Landesrahmen für CO₂-Abscheidung und -Speicherung schaffen

- › Das neue Kohlendioxidspeicherungs- und -transportgesetz (**KSptG**) ist am 28. November 2025 in Kraft getreten. Es regelt bundesweit die CO₂-Speicherung unter dem Meeresgrund (Offshore) sowie den CO₂-Transport. Gleichzeitig ermöglicht es den Bundesländern durch eine „**Opt-in**“-Regelung, die CO₂-Speicherung an Land (Onshore) in ihrem Hoheitsgebiet eigenständig zu erlauben.

Im Rahmen dieser Möglichkeiten fordern wir:

- › Baden-Württemberg sollte als erstes Bundesland von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und ein eigenes **CCU/S-Landesgesetz** für die CO₂-Abscheidung, -Speicherung und den -Transport schaffen. Nach schweizerischem Vorbild werden wir außerdem eine **Roadmap für CCS** erarbeiten und unsere Ziele sowie Maßnahmen kontinuierlich an europäische und bundesrechtliche Entwicklungen anpassen.
- › Den Einsatz von CCU/S im Land **überall dort rechtssicher zu ermöglichen, wo er nach Bundesrecht zulässig ist**.
- › **Von der „Opt-in“-Regelung Gebrauch zu machen und die CO₂-Speicherung auf baden-württembergischem Hoheitsgebiet zu ermöglichen sowie heimische Speicherpotenziale wissenschaftlich prüfen zu lassen**.



- › Maßnahmen zum Aufbau einer **Carbon-Management-Infrastruktur werden als Vorhaben von überragendem öffentlichem Interesse eingestuft**. Daraus folgt, dass Genehmigungs- und Planungsverfahren für künftige Carbon-Management-Infrastruktur- und Bauvorhaben beschleunigt durchgeführt werden können.

2. Bürgerakzeptanz stärken

- › **Onshore-Speicherung schafft regionale Wertschöpfung**, ermöglicht eine einfache und stabile CO₂-Logistik und reduziert Abhängigkeiten von Speicherkapazitäten außerhalb Baden-Württembergs.
- › **Wir wollen die Bürgerakzeptanz durch eine landesweite Informationskampagne stärken**, die verständlich und wissenschaftlich fundiert über die Chancen von CCS, Sicherheitsaspekte der Technologie sowie heimische Speicherpotenziale aufklärt.

3. Wirtschaftliche Anwendungen stärken

- › Je strenger die Klimaziele sind, desto früher und umfassender müssen wir CCS einsetzen, um Skaleneffekte zu heben und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu sichern. **Wir verankern die Leitfrage: Wie vermeide ich zu welchem Preis in welcher Geschwindigkeit welche Mengen an CO₂?**
- › Wir wollen **CO₂-Cluster** – also regionale Netzwerke, in denen Unternehmen gemeinsam CO₂ abscheiden, transportieren und verwerten – bei uns lokalisieren. CO₂-Cluster schaffen nicht nur Tempo für den Infrastrukturaufbau im Land, sondern senken auch die spezifischen Kosten auf Seiten einzelner Emittenten. Damit verhindern wir Produktions- und Emissionsverlagerungen.



Dr. Hans-Ulrich Rülke Mdl

Fraktionsvorsitzender

T: 0711 2063-9001

hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de

„Carbon Management ist für einen Hightech-Standort wie Baden-Württemberg eine unverzichtbare Chance. CCS schafft regionale Wertschöpfung und schützt unsere Industrie vor starken CO₂-Preisanstiegen.“

- › Wir wollen die Voraussetzungen für klimafreundliche Wasserstoffarten wie **blauen Wasserstoff** für den Wasserstoffhochlauf in Baden-Württemberg schaffen, bei dem das bei der Dampfreformierung von Methan entstehende CO₂ abgeschieden und gespeichert wird.
- › Wir wollen die CO₂-Abscheidung und -Speicherung in der Bioenergie (BECCS – Bioenergy with Carbon Capture and Storage) rechtssicher ermöglichen, um Betreibern von Biogasanlagen eine wirtschaftliche Perspektive zu geben. Gemeinsam mit Bayern und Frankreich wollen wir die Chancen dieser Zukunftstechnologie nutzen und **Baden-Württemberg langfristig zu einem führenden BECCS-Standort in Europa entwickeln**.
- › Das Beratungshaus Boston Consulting Group schätzt **allein für Deutschland einen Markt für Negativemissionstechnologien von 70 Milliarden Euro bis 2050**, was etwa 2 Prozent des heutigen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Die Bundesregierung hat dieses Potenzial erkannt und im Bundeshaushalt 2026 bereits 111,5 Millionen Euro für entsprechende Projekte bereitgestellt. Davon sind 11,5 Millionen Euro für den Ankauf von CO₂-Entnahmezertifikaten auf dem freiwilligen Kohlenstoffmarkt vorgesehen. Diese Zertifikate dienen als Nachweis für die dauerhafte Entfernung von CO₂, etwa durch Verfahren wie Direct Air Capture, und schaffen einen handelbaren Wert, der Investitionen in CDR-Technologien attraktiv macht. **Baden-Württemberg könnte hier als erstes Bundesland vorgehen und durch den gezielten Ankauf solcher Zertifikate private Investitionen stimulieren**.



Daniel Karrais Mdl

Sprecher für Klimapolitik

T: 0711 2063-9340

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de

„Ein früher Einstieg in Carbon Management wird sich wirtschaftlich und klimapolitisch auszahlen. Wir müssen von Anfang an die Bürgerakzeptanz mitdenken und über die Vorteile für den Industriestandort informieren.“